

---

### III. Die Nachwirkungen

#### *Die Berichte und Diskussionen*

##### Im Kabinett

Schon am nächsten Morgen begann die lange Serie der Berichte Adenauers. Er berichtete am 15. September dem Kabinett, den Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien, der eigenen Bundestagsfraktion, die ihn mit einer stehenden Ovation bejubelte, und den Botschaftern der drei Westmächte sowie am 16. September dem Bundespräsidenten. Er hielt zwei Pressekonferenzen ab, am 16. und am 20. September (letztere in der Form eines „Teegesprächs“), und unterrichtete drei Tage lang das Parlament, zuerst (am 21. September) den Auswärtigen Ausschuss und an den beiden folgenden Tagen das Plenum des Bundestags. Am 30. September folgte der Bericht vor dem CDU-Bundesparteivorstand und – last, not least – am 3. Oktober ein Besuch beim Kölner Kardinal Frings, der neben dem Bundespräsidenten der einzige Würdenträger war, den der Bundeskanzler an seinem Amtssitz aufsuchte.

Der erste Bericht galt dem Bundeskabinett.<sup>1</sup> Adenauer betonte folgende Punkte:

- Die Frage der Wiedervereinigung habe nicht verhandelt werden können, da sie in bilateralen Gesprächen nicht lösbar sei. Die Sowjets hätten aber die Verpflichtung der vier Siegermächte zur Lösung der deutschen Frage anerkannt.
- Es sei nur darum gegangen, die Gefangenen frei zu bekommen. Notfalls wären die Verhandlungen an dieser Frage gescheitert. Er habe die Flugzeuge zur vorzeitigen Rückkehr bestellt. Hierdurch sei den Sowjets seine Entschlossenheit klar geworden und sie hätten nachgegeben.

- „Es sei keine andere Wahl geblieben, als sich für die Aufnahme der Beziehungen zu entscheiden, denn man hätte es nicht verantworten können, die deutschen Gefangenen ihrem Schicksal zu überlassen.“ Es sei ohnehin auf Dauer unmöglich, „zur zweitgrößten Macht der Erde keine diplomatischen Beziehungen zu unterhalten“.

Außenminister von Brentano ergänzte, die Bundesrepublik sei aus Moskauer Sicht eine wirtschaftliche Großmacht, und zitierte dabei Chruschtschow. Daraus erkläre sich das sowjetische Interesse an dem Botschafteraustausch. Carlo Schmid, den Adenauer als Gast in die Kabinettsitzung mitgenommen hatte, beschrieb den fortbestehenden Deutschlandmythos bei den Russen, den tiefverwurzelten russischen Glauben an das vorbildliche Land, von dem man lernen könne. Der Kanzler berichtete von den armseligen Lebensbedingungen in Russland und von der sicherlich wachsenden Unzufriedenheit der Menschen mit dem bolschewistischen System. Ministerpräsident Arnold hatte jedoch den Eindruck mitgebracht, dass es den breiten Massen jetzt besser gehe als im Zarenreich. Arnold übernahm die Zeugenrolle, die Adenauer den mitgereisten Politikern zugeordnet hatte,<sup>2</sup> indem er bestätigte, der Kanzler habe keine andere Wahl gehabt, als dem Botschafteraustausch zuzustimmen; „denn ein ergebnisloser Abbruch der Verhandlungen hätte bedeutet, daß Tausende von Gefangenen dem Tode überliefert würden“. Dies war die Antwort auf den einzigen Zweifler in der Kabinettsrunde, den gesamtdeutschen Minister Jakob Kaiser, der zu bedenken gab, die diplomatischen Beziehungen brächten manche Probleme mit sich. Hätte man nicht erst einmal versuchen können, mit Geschäftsträgern statt Botschaftern auszukommen? Er befürchtete, dass die DDR-Bevölkerung darin eine Konservierung des Status quo sehen und wieder in größeren Mengen fliehen werde. Die dreistündige Kabinettsitzung endete mit Adenauers Bemerkung, sie alle hätten in Moskau „seelische Qualen ausgestanden“.

In einer weiteren Sondersitzung am 19. September billigte das Kabinett die Moskauer Vereinbarung einstimmig, und erfüllte damit eine der beiden Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Moskauer Vereinbarung. Adenauer gab in dieser Sitzung auch eine Parole für das künftige Verhältnis zur Sowjetunion und ihrer Botschaft in Bonn aus: „Man müsse jetzt in Deutschland mit einer starken kommunistischen Infiltrierung rechnen und sich dagegen zu schützen wissen.“<sup>3</sup>

### Pressekonferenz in Bonn

In seiner ersten Pressekonferenz nach der Rückkehr, die am 16. September im Bundeshaus stattfand,<sup>4</sup> beschrieb der Kanzler zunächst den historischen Hintergrund, die beiderseits noch nicht überwundenen Erinnerungen an die Schrecken des Krieges, die seit dem Krieg unverändert nahe Null gebliebenen Beziehungen zu Moskau, die Größe und Bedeutung des Landes. Er schilderte dann den erbitterten Ton der Verhandlungen, der in einem merkwürdigen Gegensatz zu der gastlichen, ja oft herzlichen Atmosphäre der gesellschaftlichen Veranstaltungen gestanden habe. Es sei letztlich noch nicht klar geworden, warum die Sowjets so großen Wert auf diplomatische Beziehungen mit Bonn legten, aber es wäre „unklug“ gewesen, sich dem sowjetischen Vorschlag zu versagen. Alle Partnerstaaten in der NATO hätten gleichfalls Botschafter in Moskau. Zum Komplex Wiedervereinigung habe sich die deutsche Delegation „bewußt damit begnügt“, von den Sowjets das Zugeständnis zu erhalten, dass sie wie die anderen Siegermächte zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verpflichtet seien. „Daß Sowjetrußland nun die DDR nicht im Stich läßt, das ist ja selbstverständlich.“

Außenminister von Brentano sollte ergänzen, lieferte aber eher Berichtigungen der Erklärung des Kanzlers. Die Bundesregierung habe in ihrer Note vom 12. August klar

gemacht, „daß eine Normalisierung der Beziehungen ... voraussetzt, daß auch die Frage der deutschen Einheit vorher geklärt ist“. Die jetzt vereinbarten diplomatischen Beziehungen seien also keinesfalls gleichzusetzen mit der erwünschten Normalisierung und Entspannung oder gar mit einem Freundschaftsvertrag. Bei den anschließenden Fragen der Journalisten betonte von Brentano, dass man mit dem Botschafteraustausch nicht so lange warten werde, bis die Kriegsgefangenen zurückgekehrt seien. Er habe keinen Anlass, an der Einlösung des Moskauer Ehrenworts zu zweifeln.

Beim Bundespräsidenten Heuss

Am gleichen Tag ging Adenauer in die Villa Hammer-schmidt, um dem Bundespräsidenten zu berichten.<sup>5</sup> Dabei konnte es sich der Kanzler nicht verkneifen, zuerst einmal über seinen ungeliebten Außenminister zu klagen: „Sorge habe ihm die gesundheitliche Verfassung des Außenministers von Brentano gemacht, der im entscheidenden Stadium der Verhandlungen nahe daran gewesen sei, die Nerven zu verlieren.“ Den offenen und anhaltenden Widerspruch Brentanos in den letzten Moskauer Tagen konnte Adenauer sich nur als eine medizinische Ausfallerscheinung erklären. Er hatte sich schon zu sehr an ein rasches Nachgeben seines Ministers gewöhnt. Zum politischen Ergebnis räumte er ein, dass es angesichts des russischen Junktims keinen anderen Ausweg gegeben habe, als den diplomatischen Beziehungen zuzustimmen. Er habe aus Moskau die neue Erkenntnis mitgebracht, dass der Kreml nicht so sehr aus sicherheitspolitischen Gründen an der DDR festhalte, wie er bisher immer geglaubt habe, sondern aus weltanschaulichen Gründen, weil die Sowjets ein einmal etabliertes kommunistisches System nach ihrer Ideologie nicht wieder aufgeben könnten. Sie sprachen natürlich auch über den Parteifreund des Bundespräsidenten, über Thomas Dehler,

wie bei fast jeder ihrer Zusammenkünfte in den Monaten vor dem offiziellen Bruch mit der FDP.

Dehler war der erste Bonner Politiker, der eine Stellungnahme zum Ergebnis von Moskau abgegeben hatte; es sei ein sehr „dürftiges Ergebnis“, eine Anerkennung des *status quo* und ein Verzicht auf die Wiedervereinigung in absehbarer Zukunft.<sup>6</sup> Die SPD schloss sich dieser Bewertung an, entschied sich aber nach einer Klausur mit Carlo Schmid für die Zustimmung zum Moskauer Abkommen, um die Rückkehr der Gefangenen nicht zu gefährden. Dehler war sich lange nicht klar darüber, wie er und seine Fraktion im Bundestag stimmen sollten.

#### Im Parteivorstand der CDU

Zwei Wochen später berichtete Adenauer dem Parteivorstand der CDU.<sup>7</sup> Wenn man die einzelnen Berichte des Kanzlers miteinander vergleicht, kann man feststellen, dass er immer weitere Einzelheiten über Land und Leute vortrug. Für die Lebensverhältnisse der Bevölkerung hatte er nur mitleidige und herablassende Kommentare übrig.<sup>8</sup> Gutes hatte er zu berichten über die 60 Meter breiten Straßen von Moskau und die Untergrundbahn, die gegen Giftgasangriffe hermetisch abgeschottet werden könne.

Auch der politische Teil seiner Berichte war gelegentlichen Wandlungen unterworfen. Mehr noch als bei früheren Berichten stellte er beim Parteivorstand sein Gespräch am Samstagnachmittag in der Datscha als das Herzstück seiner Reise dar. Die Erörterung der weltpolitischen Lage von gleich zu gleich – das war es, was er seinen Parteifreunden als den großen Gewinn der Reise nahe bringen wollte. Er habe mit den beiden Sowjetführern „nicht über deutsche Fragen, nicht über Fragen der Sowjetzone, über alles das nicht, sondern über die allgemeine politische Situation in der Welt“ sprechen wollen. Das starke Motiv Adenauers, mit allen Regierungschefs dieser Welt auf gleicher Augen-

höhe sprechen zu können, wird auch in einer anderen Passage seines Vortrags deutlich: „Man kann es hier in diesem, hoffentlich verschwiegenen Kreise sagen. Wir waren doch bisher so der heranwachsende junge Mann, der von den anderen drei nach Belieben mitgenommen oder zu Hause gelassen wurde. Und nun haben wir uns auf einmal in eine Reihe mit ihnen gestellt.“

Seine Abenteuer als Dompteur des ungebändigten Chruschtschow gewinnen mit der Wiederholung immer mehr an Farbe: „So habe ich z. B. Chruschtschow mal gesagt, hören Sie endlich mal auf mit Ihrem Kriegsgeschrei und mit Ihrer Rederei vom Krieg; man kann es bald nicht mehr ertragen. – Und er sagte darauf, entschuldigen Sie, ich will nicht mehr davon sprechen. Ich habe ihm auch gesagt, hören Sie mal auf mit Ihrem Kommunismus und Kapitalismus ... Das konnte man ihm ruhig sagen ... Ich glaube Ihnen bestimmt sagen zu können, daß sowohl Bulganin wie auch Chruschtschow vor den Deutschen doch einen großen Respekt bekommen haben“, so berichtete Adenauer seinen begeistert applaudierenden Parteifreunden.

### Im Auswärtigen Ausschuss

Die parlamentarische Beratung über die Moskaureise zog sich über drei Tage hin. Zunächst erschien Adenauer am 21. September vor dem Auswärtigen Ausschuss,<sup>9</sup> der verstärkt worden war durch den gesamtdeutschen Ausschuss des Bundestags und den Auswärtigen Ausschuss des Bundesrats. 131 Abgeordnete und Beamte (viermal mehr als bei normalen Sitzungen) saßen in gedrängter Enge, und erlebten einen aufgeräumten, gut gelaunten Kanzler, der in souveräner Form über seine Eindrücke und die Ergebnisse der Moskaureise berichtete. In der intimeren Atmosphäre des kleinen Sitzungssaals berichtete er mehr als bei anderen Gelegenheiten über die Persönlichkeiten von Bulganin und Chruschtschow, über ihre Erfahrungen mit Deutsch-

land vor dem Kriege, über die desolante Wirtschaftslage in der Sowjetunion, über die verarmten und gehetzten Menschen in den Straßen Moskaus („Ich habe jeden Tag von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr morgens am Fenster meines Arbeitszimmers gestanden, von dem ich einen Blick auf Straßenkreuzungen hatte ...“), über die hohen Preise und die katastrophalen Wohnungsverhältnisse. Er berichtete auch über die „verschiedenen Gastlichkeiten“ („... ich mag einstweilen keinen Wodka mehr sehen“) und die Heldenrolle des trinkfesten Kollegen Schmid. Es gab viel protokolларisch festgehaltenes Gelächter („Heiterkeit“).

Bei dem Bericht über die politischen Ergebnisse setzte Adenauer ein paar neue Akzente:

- In der Gefangenfrage habe das plötzliche Angebot Bulganins, das nach der vorzeitigen Rückberufung der Flugzeuge erfolgte, die deutsche Seite von einer „sehr peinlichen und unangenehmen Lage“ befreit, die vorher als einzige Alternative unausweichlich schien, nämlich in dreiseitige Verhandlungen mit Vertretern der DDR einzutreten. Der Kanzler ließ durchblicken, dass er dazu im Notfall bereit gewesen wäre, indem er die rhetorische Frage stellte: „Vergibt man sich in seinem politischen Status dadurch etwas, daß man bei einer so wichtigen Frage mit Vertretern der DDR zusammen verhandelt?“ Schon in einer früheren Sitzung des Auswärtigen Ausschusses hatte er die Frage zu beantworten, ob er sich mit DDR-Vertretern an einen Tisch setzen werde. Er hatte sie als „die kitzligste Frage“ bezeichnet, aber bejaht, wenn es wirklich notwendig sei.<sup>10</sup>
- Das Eingeständnis Bulganins, die vier Siegermächte seien zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verpflichtet, wird „in dieser Genauigkeit“ zur erstmaligen Versicherung, dass sich auch die Sowjetunion für die deutsche Wiedervereinigung einsetzen müsse. Mit diesem Zugeständnis habe er einen guten „Auftakt für die Genfer Konferenz“ der Außenminister im Oktober ge-

ben. Der Kanzler verschwieg dabei, dass die Sowjets diese Verpflichtung schon bei der Gipfelkonferenz in Genf unterschrieben hatten: „Die Regierungschefs sind in Erkenntnis ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Regelung des deutschen Problems und der Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen übereingekommen ...“<sup>11</sup>. Als er den Bundespräsidenten informierte, hatte er noch korrekt formuliert, die Sowjetregierung habe „erneut“ ihre Verpflichtung anerkannt.<sup>12</sup>

- Er habe den Eindruck gehabt, dass „die Herren Bulganin und Chruschtschow ... doch sehr falsch orientiert waren“, über die Bundesrepublik, über die USA und den Zusammenschluss der europäischen Staaten. Bei der Genfer Konferenz habe es keine „derart offene Aussprache“ mit ihnen geben können wie bei seinem Gespräch im kleinsten Kreise in seiner Datscha. „Wir haben da gar nicht über die deutschen Fragen besonders, sondern über ganz allgemeine politische und wirtschaftliche Fragen gesprochen“, um damit „die Herren etwas zum Nachdenken über die ganzen Verhältnisse zu bringen“.
- Er gibt zu, dass eine Vereinbarung über diplomatische Beziehungen normalerweise als schlichter Notenwechsel vollzogen werde, als „einfacher Verwaltungsakt, der formlos vonstatten ging“. (So war es zum Beispiel auch im Fall der diplomatischen Beziehungen zu den USA.) Im Falle der Sowjetunion dagegen habe die große Bedeutung und die besondere Anteilnahme der Öffentlichkeit das Einverständnis des Bundestags notwendig erscheinen lassen, nicht jedoch auch des Bundesrats; denn sonst wäre das Ganze zu einem ratifizierungsbedürftigen Vertrag geworden. (Diese Sätze stammten vermutlich nicht aus der Feder eines Staatsrechtlers.)

Bei der anschließenden Aussprache fragte der Berliner Abgeordnete Willy Brandt, ob die außenpolitische Vertretung Berlins durch die Bundesregierung im Rahmen der künfti-

gen diplomatischen Beziehungen zu Moskau sichergestellt worden sei. Sein Verdacht war berechtigt. Dieser Punkt war völlig vergessen worden. Die Konferenzunterlagen des Auswärtigen Amts hatten sich dazu schon vorher ausgesprochen und in verschiedenen Papieren nur auf die Notwendigkeit der beiden Vorbehalte zur Grenzfrage und zur Alleinvertretung hingewiesen.<sup>13</sup> Bei den Moskauer Verhandlungen war das große und schwierige Thema Berlin begreiflicherweise gar nicht erst berührt worden. Berlin unterstand der Regierungsgewalt der vier Siegermächte. Die drei Westmächte hatten ihr Veto dagegen eingelegt, dass Berlin eines der Länder der Bundesrepublik Deutschland werden konnte, wie es im Grundgesetz vorgesehen war. Aber andererseits hatten die drei Schutzmächte der Bundesregierung das Recht übertragen, die Berliner Interessen im Ausland zu vertreten, also Berliner im Ausland konsularisch zu betreuen und Berlin in die Vertragsabschlüsse der Bundesrepublik einzubeziehen. Die Sowjetunion erkannte das nicht an. Weil die deutsche Delegation in Moskau dies wusste, hätte sie noch einen dritten Vorbehalt anmelden und in den Brief des Bundeskanzlers einfügen müssen. Er hätte nahtlos zu dem zweiten Vorbehalt, dem der Alleinvertretung, gepasst. In beiden Fällen handelte es sich um Rechte, die der Bundesregierung nur von den drei Westmächten, nicht aber von der vierten Siegermacht übertragen worden waren und die deshalb der vierten Macht ausdrücklich vorgehalten werden mussten.

Adenauer verteidigte das Versäumnis mit dem Hinweis auf das noch ausstehende Abkommen „über die Organisation und die Einrichtung der beiderseitigen Botschaften“. Bei diesem Abkommen werde man es nachholen.<sup>14</sup> Aber ein solches Abkommen scheiterte am Moskauer Widerstand, abgesehen davon, dass sich derartige Abkommen nur mit den Privilegien und Immunitäten der Botschaften und ihrer Mitarbeiter befassen, nicht dagegen mit den politischen Fragen der Aufgaben einer Auslandsvertretung. Der

Außenminister versuchte in einer späteren Sitzung des Auswärtigen Ausschusses eine höchst sonderbare Erklärung für die Unterlassung nachzuschieben:<sup>15</sup> Man habe in Moskau die Mitvertretung Berlins durch den künftigen deutschen Botschafter nicht „ausdrücklich“ erwähnt, „um die russische Seite nicht zu veranlassen, die sowjetische Botschaft in Bonn als zuständig für West-Berlin zu bezeichnen“. Wie denn? Wäre es nicht umgekehrt ein Pluspunkt für die Berlinpolitik der Bundesregierung gewesen, wenn sich ausgerechnet die Sowjetunion mit der Bonner Ansicht identifiziert hätte, Berlin sei ein Teil der Bundesrepublik? Machte man denn nicht dem Botschafter Sorin ungefähr zur gleichen Zeit den Vorwurf, dass er bei allen Länderregierungen seine Aufwartung machen wolle, nur nicht beim Senat von West-Berlin? Nein, hier war ein schlichtes Versäumnis unterlaufen, über das dann nicht weiter diskutiert wurde. Hier blieb eine Lücke in den deutsch-sowjetischen Beziehungen, die erst durch das Berlin-Abkommen von 1971 geschlossen wurde.

### Die Regierungserklärung im Plenum

Am nächsten Tag, dem 22. September, erstattete der Bundeskanzler dem Plenum des Bundestags seinen Bericht in der Form einer Regierungserklärung.<sup>16</sup> Der Bericht war eine komplette Darstellung der Ostpolitik Adenauers. Er holte weit aus bis zu den Kriegsjahren, die schmerzhaft Narben in den Erinnerungen der Russen und der Deutschen hinterließen, der Nachkriegszeit, die zwar eine Verständigung mit den drei westlichen Siegermächten brachte, aber die Beziehungen zur Sowjetunion so bestehen ließ, „wie sie bei Abbruch des Krieges gewesen sind“. Er komplettierte das Bühnenbild mit einer Skizze der sowjetischen Expansionspolitik, die auch Ost- und Mitteldeutschland einbezog und Deutschland spaltete. „Auf diesem Hintergrund hat sich die Konferenz von Moskau abgespielt.“

Adenauer erwähnte nicht die Moskauer Versuche, sich menschlich näher zu kommen, Luft abzulassen und die aufgestaute Abneigung abzubauen. Er sprach nur von harten Verhandlungen, von den Erfolgen und den fortbestehenden Gegensätzen. Aber trotz der unverminderten Gegensätze beschrieb Adenauer das Fehlen von diplomatischen Beziehungen als eine „Anomalie“ und den nunmehr vereinbarten Botschafteraustausch als einen Beitrag zur internationalen Entspannung.

Beim Thema Wiedervereinigung, das er in Moskau „nachdrücklich“ vorgebracht habe, setzte Adenauer einen neuen Akzent. Weil er inzwischen zur Kenntnis genommen hatte, dass die meisten Kritiker das Ergebnis in diesem Punkt zu mager fanden, kehrte er immer stärker das Eingeständnis der Sowjetführer heraus, die vier Siegermächte seien zur Wiedervereinigung verpflichtet. In der Regierungserklärung behauptete er jetzt erstmals, die deutsche Verhandlungsführung habe sich ganz auf dieses Zugeständnis konzentriert: Er habe vermeiden müssen, dass für die deutsche Frage in Konkurrenz zur Genfer Konferenz ein zweiter Verhandlungsweg eröffnet würde. „Wir haben uns deshalb bewußt damit begnügt, daß auch die Sowjetunion anerkenne, daß die vier Siegermächte verpflichtet seien, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. Ich lege großen Wert auf die Feststellung, daß dieses Anerkenntnis der Sowjetunion erfolgt ist.“ Bei diesem Punkt verschwieg er erneut, dass die Sowjetunion just dieses Anerkenntnis schon bei der Gipfelkonferenz in Genf abgegeben hatte, dazu noch in der bestmöglichen Formel der „Wiedervereinigung Deutschlands mittels freier Wahlen“. Von freien Wahlen hatte Bulganin in Moskau nichts mehr erwähnt.

Das von Adenauer (unvollständig) zitierte Anerkenntnis Bulganins entsprach außerdem gar nicht den deutschen Vorstellungen. Während die Bundesregierung damals den Standpunkt vertrat, die Wiedervereinigung könne nur von ihren Verursachern, also den vier Siegermächten, herbei-



Adenauers Regierungserklärung über die Moskaureise vor dem Bundestag am 22. September 1955 (Ullstein)

geführt werden, sahen die Sowjets diesen Weg lediglich als sekundäre Möglichkeit. In erster Linie müssten sich die beiden deutschen Regierungen darum kümmern.<sup>17</sup> Aber man wird es als politische Taktik verstehen, dass der Kanzler versuchte, seine Moskauer Verhandlungen in beiden deutschen Hauptanliegen als vollen Erfolg darzustellen.

Zur Sorge, die deutsche Doppelvertretung in Moskau könne Nachahmer finden, übernahm der Kanzler die Formulierung Grewes,<sup>18</sup> die wenig später als „Hallstein-Doktrin“ zu einer der wichtigsten Leitlinien der deutschen Außenpolitik wurde. Die Bundesregierung werde diplomatische Beziehungen anderer Staaten mit der DDR als einen unfreundlichen Akt ansehen. Diese Formel sah keine automatische Antwort der Bundesregierung vor. So konnte sie später die eigenen Beziehungen zu Kuba abbrechen, als die DDR dort eine Botschaft eröffnete, im wichtigeren Ägypten dagegen präsent bleiben, auch nachdem Ulbricht bei Nasser zum Staatsbesuch gewesen war.<sup>19</sup>

### Die Aussprache und die Entschließungen des Bundestags

Die parlamentarische Aussprache über die Regierungserklärung fand am folgenden Tag, dem 23. September, statt.<sup>20</sup> Der Oppositionsführer und SPD-Vorsitzende Ollenhauer kündigte an, dass seine Fraktion der Moskauer Vereinbarung zustimmen werde, um die sich nun bietenden „Möglichkeiten für eine aktive Wiedervereinigungspolitik auszunutzen“. Er begrüßte den Botschafteraustausch als „einen Schritt in die Freiheit einer selbständigen Außenpolitik“, weg von der bisherigen starren Westbindung, hin zur „Eingliederung in ein europäisches Sicherheitssystem“.

Auch der FDP-Chef Dehler konzentrierte sich – wie Ollenhauer – auf eine Bestandsaufnahme der deutschen Frage nach der Moskareise. „Moskau hat nichts verschlimmert, hat uns nur in greller Helle unsere Lage sicht-

bar gemacht.“ Anders als die Koalitionspartner von der CDU/CSU wollte er sich allerdings nicht damit zufrieden geben, dass Bulganin die Verpflichtung der Siegermächte für die deutsche Einheit zugestanden habe. Die Bundesregierung habe das Recht und die Pflicht, selbst über die Voraussetzungen der Wiedervereinigung zu verhandeln. Sie dürfe nicht die wichtigste Frage der deutschen Politik den Alliierten zuschieben. Im Gegensatz zu Adenauer forderte Dehler, künftig „auf zwei Gleisen“ über die Herstellung der deutschen Einheit zu verhandeln. Nur dann mache die neue Botschaft in Moskau Sinn.

Die Vertreter aller Parteien dankten dem Kanzler für seine energischen und erfolgreichen Bemühungen um die Heimkehr der Gefangenen. Nur der Abgeordnete Mocker von der Vertriebenenpartei GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) hielt es für „paradox und ungeheuerlich“, dass die zurückgehaltenen Volksdeutschen nicht ebenso behandelt würden wie die Kriegsgefangenen. Er kritisierte auch, dass diese wichtige Reise des Kanzlers „nicht so vorbereitet war, wie dies notwendig gewesen wäre“. Man hätte auf jeden Fall versuchen müssen, „die Wiedervereinigungsfrage, wenn schon nicht zu lösen, so doch ein gutes Stück zu klären“. Wie? Mit dem Hebel der Wirtschaftsbeziehungen. Die Sowjets hätten kein Geheimnis daraus gemacht, dass sie in erster Linie an den wirtschaftlichen Beziehungen zur Bundesrepublik interessiert seien. Der sowjetische Außenhandelsminister sei Delegationsmitglied gewesen, nicht aber der Bundeswirtschaftsminister. Eisenhower habe bekanntlich gesagt, dass ein Handelsvertrag die beste Waffe in der Politik sei, aber leider sei der Herr Bundeskanzler in diesem Punkte wohl anderer Meinung.

Amerikanische Journalisten hatten auf der Pressetribüne des Bundestags den Eindruck, dass viele Abgeordnete „voller Unsicherheit über die Bedeutung und die Konsequenzen des Moskauer Abkommens“ gewesen seien.<sup>21</sup>

Man weiß, dass Dehler gegen das Abkommen stimmen wollte, aber von Heuss zu hören bekam, dann werde er ganz allein im Bundestag stehen.<sup>22</sup> In der Tat wagte niemand eine Gegenstimme abzugeben, weil niemand daran schuld sein wollte, die russische Gefangenschaft der letzten Zehntausend zu verlängern.

Im Anschluss an die Aussprache billigte der Bundestag einstimmig drei Entschlüsse, die von allen Fraktionen eingebracht worden waren:<sup>23</sup>

- In der ersten erklärt sich der Bundestag mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion einverstanden.
- Die zweite ist ein Ausdruck des diskreten Misstrauens gegen das Ehrenwort der Sowjetführer zur Gefangenensfrage: „Der Deutsche Bundestag hat von dem Versprechen Kenntnis genommen, das der Ministerpräsident der UdSSR dem Bundeskanzler über die Freilassung der bisher zurückgehaltenen Personen abgegeben hat. Der Bundestag gibt der sicheren Erwartung Ausdruck, daß diese Zusagen alsbald verwirklicht werden.“
- Die dritte Entschlüsse wiederholt die Vorbehalts-erklärungen des Kanzlers aus seinem Brief an Bulganin, erklärt andersartige Äußerungen „der Organe der sogenannten DDR“ für bedeutungslos und fordert die bevorstehende Außenministerkonferenz in Genf auf, „daß sie die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit ... zur Lösung bringt“.

Auf dem bereits üblichen Weg, also durch Verbalnote der deutschen an die sowjetische Botschaft in Paris, wurde der Regierung in Moskau formell mitgeteilt, dass der Bundestag das Abkommen einstimmig gebilligt habe. Die Entschlüsse des Bundestags wurden beigelegt. Einen Tag später schickte Bulganin dem Kanzler ein persönlich gehaltenes Telegramm, in dem er ihn zur Zustimmungserklärung des Bundestags beglückwünschte und gleichzeitig

mitteilte, auch das Präsidium des Obersten Sowjets habe ihren Notenwechsel bestätigt. Der Kanzler bedankte sich mit einem entsprechenden Telegramm. Die sowjetische Regierung beantwortete schließlich auch auf dem Pariser Dienstweg die formelle Note der Bundesregierung.<sup>24</sup> Damit war nunmehr das Abkommen über den Botschaf­teraus­tausch wirksam vereinbart.

### *Die Nachbereitung auf sowjetischer Seite*

#### Zurückweisung der Vorbehalte Adenauers

Die Sowjets äußerten sich sehr rasch zu Adenauers Vorbehaltsbrief. Sie wählten nicht den gleichen Weg wie der Kanzler, also keinen Antwortbrief Bulganins. Sie ließen auch nicht einen Regierungssprecher eine Erklärung abgeben, wie dies die Westmächte zu tun pflegten, wenn sie der Moskauer Politik widersprachen. Vielmehr stuften sie die sowjetische Gegenerklärung noch eine Etage tiefer ein und ließen die Nachrichtenagentur TASS am 15. September eine kurze Erklärung abgeben. Darin wird Adenauers Brief an Bulganin überhaupt nicht erwähnt, sondern vorgegeben, es handele es sich bei seiner Erklärung lediglich um eine mündliche Äußerung auf der Pressekonferenz vom Vortag, bevor er Moskau verließ. TASS verbreitete:

*„Bundeskanzler Adenauer hat am 14. September 1955 auf der Pressekonferenz in Moskau Ausführungen zur Frage der Grenzen Deutschlands und anderen Fragen gemacht. Im Zusammenhang damit ist TASS von der Sowjetregierung beauftragt worden festzustellen, daß die Sowjetregierung die Bundesrepublik Deutschland als einen Teil Deutschlands betrachtet. Ein anderer Teil Deutschlands ist die Deutsche Demokratische Republik. In bezug auf die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen*